

Kreistag
Sitzung am 14.07.2008



Drucksache Nr. 067/2008 öffentlich

Bericht über die Haushaltsentwicklung bis zum 2. Quartal 2008

Anlagen: keine
Gäste: keine

Sachverhalt:

Mit dem nachfolgenden Bericht will die Verwaltung, wie in den zurückliegenden Jahren, den Kreistag möglichst frühzeitig und umfassend über die aktuelle Entwicklung der Finanzlage des Landkreises informieren. Die Verwaltung hat die vorliegenden Ergebnisse analysiert und auf das Jahresende hochgerechnet. Die voraussichtlichen Verbesserungen und Verschlechterungen bei den wichtigsten Einnahme- und Ausgabepositionen sind im Folgenden dargestellt:

Verwaltungshaushalt

- **Personalausgaben, Grp. 4 in allen Unterschnitten**

Nach dem Abschluss der Tarifverhandlungen steigen die Vergütungen für die Beschäftigten im Haushaltsjahr 2008 durchschnittlich um 5,1% an. Bei der Kalkulation der Haushaltsansätze waren wir noch von einer Tarifsteigerung von 2,9% ausgegangen. Durch den höheren Abschluss entstehen uns zusätzliche Aufwendungen von 470.000 €, die innerhalb des 31,7 Mio. € umfassenden Personalbudgets nur teilweise durch Einsparungen aufgefangen werden können. Derzeit gehen wir von einer Verschlechterung von
aus.

- 300.000 €

- **Bewirtschaftungskosten, Grp. 54 in allen Unterabschnitten**

Die Energiepreise sind seit der Haushaltsplanung weiter gestiegen. Die kommunalen Energieversorgungsunternehmen haben für den Herbst zusätzliche Steigerungen beim Gaspreis angekündigt, die bei den Bewirtschaftungskosten der Schul- und Verwaltungsgebäude mit einem geschätzten Mehraufwand von zu Buche schlagen werden.

- 100.000 €

- **Buß- und Verwarnungsgelder, HHSt. 1105.0610**

Angesichts der jüngsten Fallzahlensteigerungen, die sowohl bei der mobilen als auch bei der stationären Geschwindigkeitsüberwachung zu beobachten sind, rechnen wir bei den Buß- und Verwarnungsgeldern mit einem Einnahmeplus von

200.000 €

- **Gebühreneinnahmen des Straßenverkehrsamtes, HHSt. 1110.0610**

Die Zulassungszahlen haben leicht abgenommen. Das Gebührenaufkommen liegt deshalb um rd. unter den Planvorgaben.

- 50.000 €

- **Sachkostenbeiträge, Grp. 1710 bei den Schulen**

Das Land hat die Sachkostenbeiträge für das Haushaltsjahr 2008 durchschnittlich um mindestens 4 % erhöht. Gegenüber dem Haushaltsansatz ergeben sich dadurch Mehreinnahmen von

130.000 €

Soziale Sicherung, Einzelplan 4

- **Soziallastenausgleich nach § 21 FAG, HHSt. 4100.1710**

Landkreise, deren Sozialhilfenettoausgaben und Nettoausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende den Landkreisdurchschnitt übersteigen, erhalten jährlich Zu-

weisungen in Höhe von 40 vom Hundert des übersteigenden Betrags. Als Bemessungsgrundlage wird der Aufwand des zweitvorangegangenen Jahres zugrunde gelegt. Beim Soziallastenausgleich 2008 wird also der Nettoaufwand des Jahres 2006 herangezogen. Entgegen den ursprünglichen Berechnungen fielen die Ausgaben des Schwarzwald-Baar-Kreises um rd. 500.000 € höher aus. Entsprechend liegt die Kostenerstattung um über dem Haushaltsansatz.

200.000 €

- **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, UA 4104**

Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung haben sich die prognostizierten Fallzahlen und Kostensteigerungen im stationären Bereich bislang nicht eingestellt, so dass wir gegenüber dem Plansoll mit einer Verbesserung von rechnen.

100.000 €

- **Hilfe zur Pflege, UA 4110**

Demgegenüber verzeichnen wir bei der Hilfe zur Pflege Fallzahlensteigerungen, die in diesem Umfang nicht vorhersehbar waren. Sind wir bei der Kalkulation der Planansätze noch davon ausgegangen, den Anteil der ambulanten Hilfen mit Hilfe einer Steuerungsfachkraft weiter ausbauen und damit einen Anstieg der kostenintensiven stationären Hilfen verhindern zu können, liegt die Zuwachsrate bei der vollstationären Pflege tatsächlich bei über 6%. Dadurch schließt der Unterabschnitt mit einer voraussichtlichen Verschlechterung von ab.

- 400.000 €

- **Eingliederungshilfe, UA 4170**

Auch im Bereich der Eingliederungshilfe bewegen sich die Fallzahlen und die Kostenentwicklung über den Planvorgaben. So sind wir bei den stationären Maßnahmen „lediglich“ von einer Steigerungsrate von 2% ausgegangen, während die Fallzahlenentwicklung nunmehr ein Plus von beinahe 5% ausweist. Mit Erreichen der Volljährigkeit wurden zudem zwei kostenintensive Vorgänge mit einem Ausgabevolumen von mehr als 200.000 € aus der Jugendhilfe in die Eingliederungshilfe verlagert. In der Jugendhilfe wirkt sich dies entlastend aus. Insgesamt rechnen wir bei der Eingliederungshilfe mit einer Verschlechterung von

- 500.000 €

- **Soziallastenausgleich nach § 21a FAG, HHSt. 4170.1710**

Für die Aufgaben, die nach der Auflösung der Landwohlfahrtsverbände auf den Landkreis übergegangen sind, erhalten wir in 2008 eine Zuweisung von 504.000 €. Gegenüber dem Haushaltsansatz ist dies gleichbedeutend mit einer Verbesserung von

200.000 €

Gegenüber den ursprünglichen Berechnungen ist der Eingliederungshilfeaufwand des Jahres 2006, der als Bemessungsgrundlage herangezogen wird, höher ausgefallen.

- **Sonstige Hilfeleistungen innerhalb des Abschnitts 41**

Innerhalb der vielen kleineren Hilfearten des Abschnitts 41 haben sich weitere Veränderungen ergeben, die voraussichtlich mit einer Verbesserung von abschließen.

200.000 €

- **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Abschnitt 42**

Aufgrund der schwachen Zugangszahlen gehen die Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz weiter zurück und liegen voraussichtlich um unter der Ansatzsumme.

250.000 €

- **Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV), UA 4820**

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende haben wir uns bei der Kalkulation der Haushaltsansätze am hochgerechneten Aufwand 2007 orientiert. Gleichzeitig sind wir davon ausgegangen, dass sich der zu erwartende Fallzahlenrückgang und die erhöhten Nebenkosten vollständig aufheben. Erfreulicherweise hat die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Vorjahr noch deutlicher abgenommen als gedacht. Dadurch fallen die monatlichen Aufwendungen gegenüber der Kalkulation um durchschnittlich 100.000 € geringer aus. Zum Jahresende erwarten wir, dass der im Haushalt mit 10,84 Mio. € ausgewiesene Nettoaufwand voraussichtlich um rund unterschritten wird.

500.000 €

- **Jugendhilfe, Abschnitt 45**

Bei der Jugendhilfe war die positive Entwicklung des Jahres 2007 nicht in vollem Umfang in den Ansätzen berücksichtigt. Erst nach Ablauf des vergangenen Jahres wurde sichtbar, dass die Fallzahlen bei der stationären Heimerziehung und der stationären Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte bereits in 2007 deutlich zurückgeführt werden konnten. Durch die bereits angesprochene Verlagerung von zwei kostenintensiven Vorgängen in die Eingliederungshilfe wird der Abschnitt 45 zudem um rd. 200.000 € entlastet. Bei der Ansatzbemessung waren diese Entwicklungen noch nicht absehbar. Insgesamt gehen

wir von einer Verbesserung von
aus, die sich gleichermaßen auf den Landkreis und die
Stadt Villingen-Schwenningen aufteilt.

700.000 €

- **Kreisstraßen, UA 6500**

Nach dem milden Winter gehen wir davon aus, dass der Anteil des Landkreises an der gemeinsamen Straßenunterhaltung um 100.000 € günstiger ausfallen wird. Dadurch erhöhen sich die für die Finanzierung der Ausbaumaßnahmen im Vermögenshaushalt bereit gestellten FAG-Zuschüsse. Die finanziellen Auswirkungen sind in den Erläuterungen zum Vermögenshaushalt dargestellt.

0 €

- **Schülerbeförderung/ÖPNV, UA 7920**

Im UA 7920 -Förderung des ÖPNV/ Schülerbeförderung- zeichnet sich gegenüber der Veranschlagung im Haushaltsplan zum jetzigen Zeitpunkt eine Verbesserung von knapp

300.000 €

ab. Zurückzuführen ist dies auf Verbesserungen beim Tarifverbund und im Bereich des Ringzugs. Wegen der zeitversetzten Abrechnung für die zurückliegenden Betriebsjahre erwarten wir Mehreinnahmen von rund 400.000 €. Im Bereich der Schülerbeförderung ist angesichts der überdurchschnittlich hohen Lohnabschlüsse sowie der explodierenden Dieselpreise allerdings von Vergütungen auszugehen, die deutlich über der einkalkulierten Preissteigerungsrate liegen.

- **Zuweisungen nach § 8 FAG, HHSt. 9000.0411**

Bei den Schlüsselzuweisungen hat das Land den Kopfbeitrag wegen eines Berechnungsfehlers von 489 € auf 484 €/Einwohner zurücknehmen müssen. Dadurch reduzieren sich die Zuweisungen um 755.000 €. Allerdings können wir gleichzeitig für 2007 mit einer Nachzahlung von 295.000 €

- rechnen, so dass sich gegenüber dem Haushaltsansatz noch eine Verschlechterung von **- 460.000 €** ergibt.
- **Zuweisungen nach § 11 Abs. 5 FAG, HHSt. 9000.0614**
Der Landkreis erhält zum Ausgleich der durch das Verwaltungsstruktur-Reformgesetz übertragenen Aufgaben pauschale Zuweisungen. Der Zuweisungsbetrag verändert sich entsprechend der Entwicklung der Beamtenbesoldung und der Beschäftigtenentgelte. Bei der Fortschreibung für das Jahr 2008 hat das Finanzministerium eine höhere Dynamisierung der Beamtenbesoldung eingerechnet, als tatsächlich zu erwarten ist. Gegenüber dem Haushaltsansatz fällt der Zuweisungsbetrag dadurch um **- 130.000 €** geringer ausfällt.
 - **Grunderwerbsteuer, HHSt. 9000.0611**
Bei der Grunderwerbsteuer sind bislang sechs Monatsabrechnungen eingegangen. Rechnet man zum derzeitigen Steueraufkommen von 3,63 Mio. € das durchschnittliche Aufkommen der Monate Juli bis Dezember hinzu, ist davon auszugehen, dass der Ansatz von 5,8 Mio. € um **150.000 €** überschritten wird.
 - **Zuweisungen des beim Land durch Hartz IV eingesparten Wohngeldes, HHSt. 9000.0920**
Das Land gibt den Betrag, der durch den Wegfall des Wohngeldes für Arbeitslosengeld II-Empfänger zu einer Entlastung im Landeshaushalt führt, teilweise an die Stadt- und Landkreise weiter. Für 2007 erhält der Schwarzwald-Baar-Kreis eine Nachzahlung von 150.000 €. Zusammen mit den in 2008 angepassten Abschlagszahlungen liegt die Zuweisung bei knapp 860.000 €. Gegenüber dem Haushaltsansatz entspricht dies einer Verbesserung von **140.000 €**

- **Zinsen für Geldanlagen, HHSt. 9100.2050**

Die zumindest phasenweise gute Kassenlage erlaubte die zinsgünstige Anlage von frei verfügbaren Kassenmitteln. Zudem sind die Zinssätze für kurzfristige Geldanlagen nochmals gestiegen. So können in 2008 zusätzliche Zins-einnahmen von voraussichtlich erwirtschaftet werden.

250.000 €

- **Sonstige kleinere Planabweichungen innerhalb des Verwaltungshaushalts (saldiert)**

170.000 €

Per Saldo ergeben die aufgeführten Veränderungen im **Verwaltungshaushalt** eine Verbesserung von

1.550.000 €

Um diesen Betrag erhöht sich nach der Haushaltssystematik die **Zuführung an den Vermögenshaushalt**.

Vermögenshaushalt

- **Erweiterung der Kaufmännischen Schulen I Villingen-Schwenningen, HHSt. 2410.9410**

Bei den Kaufmännischen Schulen I hat der Ausschuss für Bildung und Soziales am 10.03.2008 beschlossen, das Schulgebäude aufzustocken und dadurch fünf zusätzliche Unterrichtsräume und zwei Nebenräume zu schaffen (DS-Nr. 016/2008). Die ursprüngliche Planung war noch von vier weiteren Unterrichtsräumen ausgegangen. In Anrechnung des zu erwartenden erhöhten Staatszuschusses entstehen gegenüber dem Haushaltsansatz von 800.000 € Mehrkosten von

- 280.000 €

- **Neubau der Cafeteria an den Kaufmännischen und Hauswirtschaftlichen Schulen Donaueschingen, HHSt. 2412.9420**

Im Zusammenhang mit dem Neubau der Cafeteria hat sich der Ausschuss für Bildung und Soziales am 10.03.2008 dafür ausgesprochen, gleichzeitig ein Internet-Cafe zu realisieren, das mit einem zusätzlichen Aufwand von zu Buche schlägt. Auf die DS-Nr. 019/2008 wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

-110.000 €

- **Erweiterung der Albert-Schweitzer-Schule, HHSt. 2420.9411**

Aufgrund des bestehenden Raumprogramms und der Notwendigkeit, an der Fachschule für Sozialpädagogik eine weitere Klasse einzurichten, hat der Ausschuss für Bildung und Soziales am 10.03.2008 beschlossen, sechs zusätzliche Unterrichtsräume zu schaffen (DS-Nr. 019/2008). Die Baumaßnahme verursacht voraussichtliche Mehrkosten von 680.000 €. Allerdings ist auch von einem um 180.000 € erhöhten Staatszuschuss auszugehen. Saldiert wird der Planansatz damit um überschritten.

- 500.000 €

- **Kreisstraßen, UA 6500**

Bei der Fahrbahnsanierung der K 5711 zwischen Tuningen und der Mülldeponie entstehen zusätzliche Aufwendungen von 330.000 €. Durch günstigere Auftragsvergaben bei anderen Straßenbauvorhaben, Einsparungen innerhalb des Gemeinschaftsaufwandes sowie mit Hilfe der aus dem Vorjahr übertragenen Haushaltsreste können die Mehrkosten allerdings zu einem Großteil abgedeckt werden. Über die noch bestehende Finanzierungslücke von hat der Ausschuss für Umwelt, Technik und Gesundheit am 09.06.2008 eine überplanmäßige Ausgabe bewilligt. Auf die DS-Nr. 048/2008 wird verwiesen.

- 70.000 €

- **Fahrzeug-/Gerätebeschaffung für den Gemeinschaftsaufwand, HHSt. 6510.9350**

Bei der Straßenmeisterei Villingen müssen für die dringend notwendige Ersatzbeschaffung eines Lkw zusätzlich **- 190.000 €** aufwendet werden. Zur Finanzierung des Kaufpreises hat der Ausschuss für Umwelt, Technik und Gesundheit am 09.06.2008 einer überplanmäßigen Ausgabe in gleicher Höhe zugestimmt (DS-Nr. 049/2008).

Per Saldo ergeben die aufgeführten Veränderungen im **Vermögenshaushalt** eine **Verbesserung** von **400.000 €**

Stellungnahme der Verwaltung:

Die finanzielle Entwicklung im ersten Halbjahr 2008 hat einen erfreulichen Verlauf genommen. Nach derzeitigem Erkenntnisstand schließt der Verwaltungshaushalt mit einer Mehrzuführung von 1,5 Mio. € ab. Dazu haben vor allem Verbesserungen im finanziell bedeutendsten Block, nämlich der Sozialen Sicherung beigetragen. Damit können die beschlossenen Mehraufwendungen für Schulbaumaßnahmen und im Straßenbereich im laufenden Rechnungsjahr vollständig finanziert werden. Gleichzeitig wird das Haushaltsjahr 2009 nicht vorbelastet.

Die im Vermögenshaushalt verbleibende Verbesserung von 400.000 € entspricht gerade einmal 0,18% des Haushaltsvolumens. Es ist nicht auszuschließen, dass unvorhersehbare negative Entwicklungen im 2. Halbjahr diesen Betrag aufzehren, so dass über eine Verwendung nicht entschieden werden sollte.

Die Verwaltung wird wie üblich im Rahmen der Haushaltsberatungen über den weiteren Haushaltsverlauf berichten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt den Bericht über die Haushaltsentwicklung im zweiten Quartal 2008 zur Kenntnis.